Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 84 (1990)

Heft: 7-8

Artikel: Das Scheitern des deutschen Sozialismus als Herausforderung für die Linke

Autor: Betto, Frei

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143554

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wie sich auch die politische Entwicklung künftig gestalten mag, wir wollen der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland auch organisatorisch angemessene Gestalt in einer Kirche geben. Mit den während der Zeit der Trennung gewachsenen Erfahrungen und Unterschieden wollen wir sorgsam umgehen.

Seit langem arbeiten Beratungsausschüsse beider Kirchen intensiv zusammen. Wir empfehlen, nun eine gemeinsame Kommission der evangelischen Kirchen in beiden deutschen Staaten zu bilden. Sie soll gemeinsame Aufgaben benennen, weitere Schritte der Zusammenführung beraten und dazu Vorschläge machen.

Wir sind beeindruckt, welche Bereitschaft zur selbstlosen Hilfe in beiden deutschen Staaten wirksam geworden ist.

III. Wir sind beeindruckt, welche Bereitschaft zum risikoreichen Engagement und zur selbstlosen Hilfe in diesen Monaten in beiden deutschen Staaten wirksam geworden ist und nach wie vor wirksam wird.

Wir bitten die Gemeinden in beiden deutschen Staaten, die neuen Chancen der Veränderung zu nutzen und zu unterstützen. Es ist nötig, dass die Menschen sich entscheiden, in der DDR zu bleiben. Das wird geschehen, wenn ihre Hoffnung wächst.

Trotz aller verständlichen Aufmerksamkeit, die derzeit den deutsch-deutschen Themen gilt, bitten wir, die Aufgaben, die wir gegenüber den Armen in unserer Welt haben, nicht zu vernachlässigen.

Wir bitten die Gemeinden weiterhin, für die Gerechtigkeit, den Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu beten und zu arbeiten.

Frei Betto

Das Scheitern des deutschen Sozialismus als Herausforderung für die Linke

Die Veränderungen in Osteuropa zwingen auch die Linke, ihren Begriff des Sozialismus zu überdenken und die Grundlagen des Marxismus zu überarbeiten. Es handelt sich nicht nur um eine theoretische Anstrengung, um die Spreu vom Weizen zu trennen, sondern es geht vielmehr darum, die Hoffnung der Armen zu stärken und dem Kampf der Arbeiterklasse einen neuen Horizont der Utopie zu erschliessen. Das Scheitern des real existierenden Sozialismus darf uns nicht dazu verführen, seine sozialen Errungenschaften zu verkennen – vor allem wenn wir sie aus der Sicht der Dritten Welt betrachten – und die ewige Vormachtstellung des Kapitalismus zu akzeptieren. Wir müssen jedoch die Ursachen der chronischen Perversionen der sozialistischen Regime ergründen und den Begriff des Sozialismus neu definieren.

«Sozialismus» auf dem Index

Mit dem Rückzug aus Afghanistan hat die Sowjetunion ihre interventionistische Politik aufgegeben und anerkannt, dass die sozialistischen Staaten Europas ihr Schicksal selber bestimmen. Obwohl der Sozialismus der Bevölkerung soziale Vorteile brachte, die Klassenunterschiede drastisch reduzierte und allen den Zugang zu den wesentlichen Gütern und Dienstleistungen ermöglichte, erklären zwei Faktoren die *herrschende Unzufriedenheit* in diesen Ländern:

Einerseits stand die verstaatlichte Wirtschaft der Modernisierung der Produktionsmittel im Wege und verschärfte dadurch die technologische Rückständigkeit gegenüber Westeuropa, andererseits verhinderte das Monopol einer einzigen Partei die demokratische Partizipation der Menschen.

Beim Besuch der DDR-Volkskammer am 7. Oktober 1989 schrieb Michail Gorbatschow ins Gästebuch: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Noch versuchte damals die Staatssicherheitspolizei, die oppositionellen Kreise, die an einer deutschen Glasnost interessiert waren, zu unterdrücken. Diese fanden jedoch Einlass in die Kirchen, vor allem die lutherischen, die ihre Türen öffneten, «um so ein Blutbad zu verhindern», wie ein hoher Regierungsvertreter uns sagte. Am 4. November versammelte eine von Schriftstellern und Intellektuellen einberufene Kundgebung 500000 Personen in Ost-Berlin. Fünf Tage später durchschritten die Manifestanten die Berliner Mauer wie ein Fluss, der über die Ufer tritt, eine symbolische Geste, mit der sie sagten, sie wollten *eine* Stadt, *ein* Deutschland und *ein* System – das kapitalistische.

Heute steht das Wort «Sozialismus» für die Ostdeutschen auf dem Index, bis zu dem Punkt, wo derjenige, der es öffentlich ausspricht, das Risiko eingeht, verachtet oder verlacht zu werden. Das Argument, die DDR kenne trotz ökonomischen Schwierigkeiten keine sozialen Plagen wie Favelas (Elendsviertel), Arbeitslosigkeit, Analphabetentum, Prostitution und Drogen, bedeutet nichts für den, der den hohen Entwicklungsstandard der *BRD zum Massstab* nimmt. Europa zieht sich immer mehr auf sich selbst zurück, indifferent gegenüber den Dramen der anderen Völker, und alles weist darauf hin, dass in Zukunft die Zollschranken noch höher sein werden, vor allem für die Dritte Welt. Wie kann man einen jungen Ostdeutschen davon überzeugen, dass er in einer Gesellschaft ohne wirtschaftliche Ungleichheit lebt, über kostenlose Erziehung und medizinische Versorgung verfügt und nicht Gefahr läuft, in Armut zu verfallen, wenn seine Augen sich angesichts der Werbung des westdeutschen Kapitalismus verdrehen, die ihm Reichtum, Freiheit und Glück verheisst?

Weil der Sozialismus in der DDR nicht als Folge einer Revolution verankert wurde, begegneten ihm die Ostdeutschen immer als einem *fremden System*, das ihnen von oben und von aussen, von der sowjetischen Macht, aufgezwungen wurde. Trotz aller marxistischen Wortdrescherei lockte der Reichtum von der andern Seite der Grenze. Dort erreichte die BRD ein Bruttosozialprodukt von ungefähr einer Billion Dollar, was sie zu einem der wichtigsten Gläubigernationen der Sowjetunion machte. Auf der sozialistischen Seite hatte die zentralistische Planwirtschaft katastrophale Folgen. Sie verringerte das Angebot an Gütern und Dienstleistungen, führte zur Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und förderte das Entstehen einer Untergrundwirtschaft. Bekannt ist das Beispiel des Bauern, der seine Produkte dem Staat verkauft, sie dann auf dem Markt wieder zurückkauft – wo sie wegen der staatlichen Subventionen zu günstigen Preisen erhältlich sind –, um sie dann erneut an den Staat zu verkaufen...

Grundsätzliche Fragen

Die Rückkehr der DDR zum kapitalistischen System, und dies erst noch als Folge der Mobilisierung der Werktätigen selbst, bringt einige grundsätzliche Fragen aufs Tapet, die viel weiter gehen, als die ehrliche Selbstkritik der SED- bzw. PDS-Spitze wahrnimmt. Diese gibt zwar zu, ein *stalinistisches Modell* angewendet zu haben, das ein Minimum an Demokratie verunmöglichte, unterschiedliche Meinungen mit staatsfeindlicher Systemkritik verwechselte und die Polizei als einzigen «Gesprächspartner» des Staates gegenüber unzufriedenen Gruppen auftreten liess. Aber die Erklärung, dass nur die stalinistische Repression und die breschnewistische Bürokratie zu einem fatalen Infarkt des deutschen Sozialismus führten, greift zu kurz. Die marxistischen Theoretiker der DDR, die ihr Leben für die Überzeugung eingesetzt haben, dass der historische und dialektische Materialismus ehernen Gesetzen folge und der Sozialismus daher unumkehrbar sei, räumen heute ein, dass ihre ganze Begriffskathedrale innert weniger Wochen wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel. Umso

wichtiger ist es, die marxistische Ideologie von ihrem pseudoreligiösen Charakter zu befreien und zu ermitteln, welches ihre verletzlichen Punkte sind, die das Projekt einer neuen Gesellschaft und eines neuen Menschen in eine Apologie des totalitären Staates unter der Diktatur einer Einheitspartei pervertierten.

Solche Untersuchungen könnten als «antikommunistisch» erscheinen, hätte in den sozialistischen Ländern nicht das Volk selbst die Legitimität der Parteien und Regierungen in Frage gestellt, die sich als seine rechtmässigen Vertreter aufspielten. Das *Drittwelt-Argument*, dass der Sozialismus trotz aller Fehler seiner Bevölkerung zu würdigen Lebensbedingungen verhalf, findet in Europa kein Gehör; zu gross ist die Faszination, die vom Wohlstand und Reichtum der kapitalistischen Länder auf die Nachbarn im Osten ausgeht. Wir aus der Dritten Welt könnten einwenden, dass wir es sind, die mit unserem Hunger die Rechnung für dieses Bankett bezahlen. Doch ist die Zahl der Personen – einschliesslich der Kommunisten –, die sich in Osteuropa um das Schicksal der Dritten Welt kümmern, unbedeutend. Sie betrachten sich selbst als eine Art Dritte Welt, die dringend Wirtschaftshilfe braucht, und sie wissen, dass sie dabei zum Objekt kapitalistischer Investitionen werden. «Das Syndrom des Ostens könnte den Totenschein der Dritten und Vierten Welt bedeuten», sagt der Spanier Eusebio Cano Pinto, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Mit dieser *Gefühllosigkeit* verbindet sich eine Frage der Verantwortung. Der real existierende Sozialismus in Osteuropa hat in seinen Völkern kein revolutionäres Bewusstsein mehr geweckt. Ohne Zweifel gibt es in der lateinamerikanischen Linken mehr politische Bildungsarbeit – durch Gewerkschaften und Volksbildung – als in den meisten sozialistischen Ländern. Mit dem Sozialismus wiederholt sich, was schon der Kirche widerfahren ist: Die ersten Christen und Christinnen, die ihren Glauben unter widrigen Umständen leben mussten, waren von einer Selbstlosigkeit und Liebe erfüllt, die mit der revolutionären Kraft europäischer Kommunisten und Kommunistinnen zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung vergleichbar sind. Als die Kirche im 4. Jahrhundert von Kaiser Konstantin für seine Zwecke vereinnahmt wurde, hat sie sich der Macht angepasst. Auf gleiche Weise ist in vielen sozialistischen Ländern das revolutionäre Bewusstsein der *Logik der Machterhaltung* gewichen. Der Marxismus-Leninismus hörte auf, ein Werkzeug der Veränderungen zu sein, und wurde zu einer *säkularisierten Religion,* die ihre Prinzipien zu unantastbaren Dogmen erklärte und ihre Orthodoxie durch die Priester der Parteischulen verkündigen liess. In den Vorlesungssälen der DDR, wo Russisch zu lernen obligatorisch war, wiederholten sich an der Schwelle zum 21. Jahrhundert der Monismus von Plechanows «Geschichtsauffassung» (1894) und Stalins mechanistische «Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion» (1938). Mit einem Wort: Im Namen der revolutionärsten politischen Theorie, welche die Geschichte je hervorgebracht hat, wurde das *Nicht-Denken* gelehrt. Wie bestimmte Theologen zur Zeit des Konzils von Trient lehrten, dass es genüge, die Summe des heiligen Thomas von Aquin zu lesen, um Theologie zu studieren, haben die Parteiideologen gesagt, wer die offizielle Doktrin kenne, brauche sich nicht mit anderen philosophischen Richtungen und nicht einmal mit anderen marxistischen Theorien auseinanderzusetzen. Trotzki, Kautsky, Rosa Luxemburg oder Gramsci waren Namen, die Widerwillen erregten.

Die DDR war ein sozialistisches Land, aber ihre Bevölkerung hatte nichts Revolutionäres an sich. Der Sozialismus konnte das Problem der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft nicht lösen. Die Gewerkschaften und die übrigen Massenorganisationen waren nur die Transmissionsriemen der Partei. Die hierarchische Struktur von oben nach unten verhinderte die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an der Gestaltung des Landes. Ohne die Möglichkeit politischer Beteiligung, ohne revolutionäre Motivation und ohne das Recht zu träumen wurde vor allem die Jugend mit den verführerischen Bildern des westdeutschen Fernsehens alleingelassen. Wenn der *Sinn des Lebens* fehlt, ist man unweigerlich dem Konsumstreben ausgeliefert – und der Sozialismus ist nicht in der Lage, dieses zu befriedigen.

«Hunger nach Brot und Schönheit»

Der kubanische Dichter Roberto Retamar schreibt in einem seiner Gedichte, dass der Hunger nach Brot zu stillen sei, nicht aber der Hunger nach Schönheit, der endlos bleibe. Vielleicht hat der real existierende Sozialismus angenommen, mit dem Hunger nach Brot lasse sich auch der Hunger nach Schönheit stillen, jener Hunger, der die Menschen unermüdlich nach einem Sinn für das Abenteuer des Lebens suchen lässt. Was den Menschen bewegt, ob auf der individuellen oder auf der kollektiven Ebene, sind die *Utopien*, die nicht im engen Flaschenhals einer Rationalität Platz haben, die soziale Beziehungen auf das Wirtschaftliche reduziert. Marx selbst schrieb seiner Frau Jenny, zum Glück hätten ihre Beziehungen zueinander nichts mit Handelsbeziehungen zu tun.

Der Kapitalismus macht den Menschen zum Gefangenen der unerbittlichen Logik zwischen Kapital und Arbeit. Die entfremdende Traumwelt der Werbung ist eine mächtige Waffe, um das kapitalistische System zu erhalten. Obwohl oder gerade weil der Kapitalismus das Eldorado des materiellen Wohlstandes nur einer Minderheit vorbehält, sozialisiert er wenigstens die Träume. Anders gesagt: Damit die *materiellen Güter privatisiert* bleiben, werden die *symbolischen Güter sozialisiert*. Dazu leisten Religion und elektronische Medien ihren Beitrag, indem sie keinen Unterschied machen zwischen der Hütte der Armen und dem Palast der Reichen. Der Sozialismus möchte genau das Gegenteil anstreben: die materiellen Güter sozialisieren und die Träume privatisieren. Das Kapital kompensiert den angeborenen Willen der Menschen, ihre subjektiven und objektiven Grenzen zu sprengen, indem es wenigstens der Phantasie zum Leben verhilft. Leben, das nur in der Phantasie sich abspielt, ist indessen phantastisches, imaginäres Leben. Die objektiven Beziehungen werden dadurch nicht verändert, der Favelado (Slumbewohner) bleibt vom Zugang zu den unerlässlichen Lebensgütern ausgeschlossen. Doch seine Phantasie wird dauernd genährt und dadurch der Graben zwischen seinem entfremdeten Bewusstsein und seiner unterdrückten Existenz vergrössert. Angesichts dieser Entfremdung, die Marx in seinen Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten beschrieben hat, gab der real existierende Sozialismus vor, das Bewusstsein den Träumen zu entziehen und es in die Wirklichkeit überzuführen, so dass auch noch das künstlerische Talent in den geometrischen Linien des sozialistischen Realismus erstickt wurde. Die einzige Utopie war die zukünftige kommunistische Gesellschaft, doch der Weg dorthin führte über die schwierige Erdenstrasse der produktiven Arbeit, und die Phantasie blieb unter dem Joch der «wissenschaftlichen», von der Parteiversion abhängigen Rationalität. Wie ein Vogel, der dem Käfigdasein widersteht, war die Phantasie gezwungen, kurze Flüge zu machen, etwa im Bereich der persönlichen Beziehungen, denn die sozialen waren der offiziellen Politik reserviert.

Die gegenwärtige Krise des Sozialismus konfrontiert uns mit der *Schlüsselfrage,* nach was der Mensch im äussersten Fall mehr begehre: nach Brot oder nach Schönheit. In einer Welt, in der zwei Drittel der Menschen Hunger leiden, sind Thomisten und Marxisten gleicher Meinung: Ohne ein Minimum an Brot lässt sich nicht einmal von der Lust nach Schönheit sprechen. Dennoch gelingt es dem Kapitalismus, diese Lust zu wecken und seine Opfer angepasst zu halten – trotz Mangel an Brot. Gegen die politische Vernunft der Linken schleudert er die mächtige Waffe der Phantasie, verwandelt einen obskuren Politiker in einen «Feind der Maharadschas» (Collor de Mello), wie die Herrschenden in Brasilien genannt werden, gewinnt damit die Wahlen und übt darüber hinaus auf das Bewusstsein der Jugend in den sozialistischen Ländern eine grosse Faszination aus.

Das Kommunistische Manifest stellt sich eine Gesellschaft vor, in der «die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist». Diese Selbstverwirklichung erschöpft sich nicht im Zugang zu den materiellen Gütern und Dienstleistungen. Es gibt Grenzsituationen, in denen der *Sinnfrage* sogar der Vorrang vor dem materiellen Wohlstand zukommt. Sowohl Franz von Assisi als auch Che Guevara waren fähig, für ihre Ideen harte materielle Verzichte auf sich zu nehmen und selbst das Risiko des Todes einzugehen.

«Der Mensch lebt nicht vom Brot allein...», warnt Jesus. Hat der real existierende Sozialismus nicht den Hunger nach Schönheit ausser acht gelassen, in der Meinung, das Brot genüge, um die menschliche Gefräßigkeit zu stillen?

Neue Herausforderung für die politische Bildung

Auch wir Linken in Lateinamerika glaubten, mit Begriffen wie «soziale Klassen», «Produktionsformen» oder «Geschichte der Arbeiterklasse» gute Kader auszubilden. Ohne Zweifel sind solche Kenntnisse für die politische Qualifikation unerlässlich. Aber sie genügen nicht. Der Direktor der Akademie der Wissenschaften ist nicht notwendigerweise ein Revolutionär und der Lehrstuhlinhaber für Marxismus-Leninismus nicht unbedingt gegen Korruption gefeit. Niemand tritt einer Partei bei, weil er von der wissenschaftlichen Strenge ihres Programms überzeugt ist. Die *Motivation*, sich dem politischen Kampf anzuschliessen, ist mit Vernunft allein nicht zu begründen.

Wenn die rationale Ausbildung aber nicht genügt, dann ist es wichtig, nach der grundlegenden Motivation zu fragen, die in den Bereich der *Ethik* führt: Was ist der Sinn des Lebens für einen Engagierten, einen Militanten? Es ist möglich, dass viele nie die nötige Ruhe haben, um eine Antwort zu finden. Es ist schon viel, wenn sie sagen: «eine Revolution zu machen» oder den «Sozialismus zu verwirklichen». Aber dieses kollektive Bewusstsein ist nicht immer in einer persönlichen Option verwurzelt, die ein ganzes Lebensprogramm bestimmt. Wenn zum Beispiel das persönliche Streben nach der Macht die grundlegende Motivation bleibt, dann wird die Art und Weise, wie der Militante handelt, vom gleichen Opportunismus bestimmt, wie das Verhalten des Angestellten bei IBM, der den Chefsessel eines Direktors anstrebt. Dieser Opportunismus scheint vor allem bei jenen egoistischen Beziehungen durch, welche die Liebe unterschlagen und statt dessen die Begehrlichkeit nach Sex, Geld und Macht wecken. Es gibt die ständige Versuchung, im Bereich dieser drei Symbole scheinbare Alternativen zu finden, die dem stärksten aller menschlichen Triebe entsprechen: dem Trieb nach Verlängerung des Lebens. Der Sex ist dann die Reproduktion des Bildes, das wir uns von uns selbst machen; das Geld wird zur Versicherung des Überlebens; die Macht als Überwindung der Grenze zwischen dem Möglichen und dem Erwünschten ist das mächtigste der drei Symbole, da sie den Schein des Übermenschlichen, fast Göttlichen an sich hat und jene, die ihm begegnen, im Nu zu Untergebenen reduziert.

Zu verhindern, dass die revolutionäre Sache für persönliche Ambitionen missbraucht wird, setzt darum eine tiefe Übereinstimmung der intellektuellen Bildung mit der *ethischen Bildung* voraus. Wie nach der mittelalterlichen Erkenntnistheorie das Erkannte zum Erkennenden sich verhält wie die Flüssigkeit zur Flasche, so müssen sich auch die edelsten Begriffe der politischen Theorie immer der Subjektivität angleichen, der sie vermittelt werden. Es genügt deshalb nicht, nur die Qualität der Flüssigkeit zu bearbeiten. Es ist auch wichtig, die Qualität der Flasche zu pflegen – was eine ethische Herausforderung bedeutet.

Demokratie als sozialistischer Wert

Die Krise des real existierenden Sozialismus stellt den Begriff der Demokratie ins Zentrum der Debatte über das, was wir unter Sozialismus verstehen. Demokratie ist dann ein universeller Wert, wenn sie aus der Synthese der formalen und der realen Demokratie hervorgeht. Formal ist eine Demokratie, welche nur die Ausübung der Souveränität des Volkes regelt. Die Regierung, die aus der formalen Demokratie hervorgeht, ist – wie zum Beispiel in Brasilien – eine solche *des* Volkes, aber nicht notwendigerweise auch ein solche *für* das Volk. Die reale Demokratie konzentriert sich demgegenüber auf Ziele wie rechtliche, soziale und wirtschaftliche Gleichheit, ohne zu fragen, mit welchen Methoden diese Ziele erreicht werden. Die Regierung ist hier eine solche *für* das Volk, auch wenn dieses – wie in den sozialistischen Ländern – nicht die Möglichkeit hat, sich an den Entscheidungen zu beteiligen. Vorläufig bildet sich die Synthese dieser beiden Begriffe erst in der Utopie. Kein Land hat je ein System

errichtet, das Demokratie als Wert und als Methode vereint. Man sollte darum auch nicht den Fehler begehen, die formale Demokratie der kapitalistischen Länder zum Massstab der Kritik an dem bis 1989 herrschenden Staatssozialismus in Osteuropa zu nehmen.

In seiner Kritik an Rousseau hat Marx die These vertreten, dass das Entstehen der wahren Demokratie die Trennung von Staat und Gesellschaft aufheben und damit das Verschwinden des Staates bedeuten würde. In seinen Analysen der Kommune von Paris hebt er als wesentliches Element der Demokratie hervor, dass die Volksvertreter den Instruktionen ihrer Wähler unterworfen sind und jederzeit abberufen werden können. In «Der Bürgerkrieg in Frankreich» kritisiert er die Machtdelegation des Volkes an die Politiker im repräsentativen System. Die Grundlage der Marxschen Konzeption von Demokratie ist die Volksorganisation in Funktion der Klasseninteressen. Das ist es, was er als «Selbstregierung der Produzenten» bezeichnet. Im Unterschied zum repräsentativen System, das die Vorherrschaft des Kapitals im Mehrparteien- und Mehrklassenstaat verschleiert, wird das Wahlverfahren auf die relativ autonomen Organe des Staatsapparates, wie Exekutive und richterliche Gewalt, ausgedehnt. Darüber hinaus ist jedes Mandat durch die Entscheidung der Wähler jederzeit widerrufbar. Der Staat selbst wird nach Volkskommunen dezentralisiert. Auf der Grundlage dieser Ideen schlägt Lenin in «Der Staat und die Revolution» die Einführung von Arbeiterräten (Sowjets) vor. Nach Lenin verlagert sich in der kapitalistischen Gesellschaft das Entscheidungszentrum vom Staat zu den Grossunternehmen und leistet damit dem demokratisch verschleierten Machtmissbrauch Vorschub. Deshalb kann die politische Kontrolle nicht von einem abstrakten Staatsbürger ausgeübt werden, sie obliegt vor allem jenen, die direkt mit der wirtschaftlichen Produktion verbunden sind, den Arbeitern. Diese gehören zu den Räten, die auf verschiedenen territorialen und administrativen Ebenen miteinander verbunden und ihrerseits Glieder des Staates sind. Grundlegend an dieser Konzeption ist, dass Lenin die Demokratie nicht als universalen Wert – in dem Sinne, dass sie sich mit jedem Wirtschaftssystem vereinbaren liesse –, sondern als wesentlich zum Sozialismus gehörig versteht. Der Sozialismus müsste naturgemäss demokratisch sein, schon weil er die wirtschaftliche Emanzipation *aller* Bürger nicht von der politischen Emanzipation trennt. Vom Sozialismus reden bedeutet daher auch von Demokratie reden und umgekehrt.

Die ständig wachsende Zahl von *Volksorganisationen* im Brasilien der letzten zwanzig Jahre – kirchliche Basisgemeinden, Basisgruppen von Gewerkschaften und Parteien, von Frauen, Indios und Schwarzen sowie Nachbarschaftsorganisationen und Gemeinschaftszentren, die Bewegungen der landlosen Bauern und der Obdachlosen usw. – widerspiegelt sich in Theorie und Praxis der Arbeiterpartei. Gleichzeitig zeigt uns die Krise des real existierenden Sozialismus, wie die politische Ausrichtung der Linken zu korrigieren ist. Zumindest zeigt diese Krise uns deutlich, wohin wir nicht gehen sollen. Sie verstärkt den Konsens, dass das demokratische Projekt notwendig auf der Autonomie jedes Gliedes der zivilen Gesellschaft beruhen muss. In diesem Sinn soll der Staat das Resultat der Vernetzung der sozialen und politischen Bewegungen sein. Die theoretisch vorweggenommenen Volksräte könnten am Anfang der progressiven Verschmelzung von formaler und realer Demokratie stehen. Wir dürfen uns nicht länger die Kapuze des Zynismus überziehen und mit Latzarus sagen, «dass die Kunst der Politik in den Demokratien darin besteht, das Volk glauben zu machen, dass es regiert».

(Aus dem Portugiesischen übersetzt von Viktor Hofstetter)

■